

Erinnerung – Mahnung – Verpflichtung

Die parlamentarische Arbeit der AfD-Bundestagsfraktion zur Erinnerung an den demokratischen Widerstand und die Opfer der SED-Diktatur



Bild: Wikimedia Commons / Lear21 at English Wikipedia / CC BY-SA 3.0

9. November 2024
Gedenkveranstaltung und Festempfang
im Deutschen Bundestag



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Inhalt

- S. 4** Erinnerungspolitik und antitotalitärer Konsens
- S. 6** Den demokratischen Widerstand ehren, an die Opfer der Gewaltherrschaft erinnern
- S. 8** Volksaufstand der DDR – den 17. Juni 1953 würdig begehen
- S. 9** Zerrissene Stasi-Unterlagen umgehend rekonstruieren
- S. 11** Finanzierung von Forschungsverbänden zur DDR stärken
- S. 12** Haftopfer angemessen entschädigen, die Anerkennung haftbedingter Schäden vereinfachen
- S. 14** Gerechtigkeit für geraubte Kinder und ihre Familien
- S. 15** Denkmäler schützen, nicht zerstören



S. 4 Erinnerungspolitik und antitotalitärer Konsens



S. 11 Finanzierung von Forschungsverbänden zur DDR stärken

Grußwort



Dr. Götz Frömking MdB

Kulturpolitischer Sprecher
der AfD-Bundestagsfraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

der 9. November 1989 ist ein Tag, an den sich jeder erinnern kann, der ihn miterlebt hat. Die zweite deutsche Diktatur, die sich selbst demokratisch nannte, ist an diesem Tag zusammengebrochen. Der Weg zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes war frei. Noch zu Beginn des Jahres 1989 hätten die wenigsten Zeitgenossen eine Wette darauf abgeschlossen, dass der Fall der Mauer kurz bevorstehe.

Aber was ist geblieben von dem Ruf »Wir sind das Volk«? – und schließlich »Wir sind ein Volk«? Damals haben sich viele gefreut, dass Deutschland nun wieder eine starke, vereinte Nation sein würde. Andere haben genau das bekämpft. Viele Intellektuelle lehnten die Wiedervereinigung ab. Wäre es nach ihnen, den Grünen und der SPD gegangen, dann gäbe es die DDR noch heute. Welch eine glückliche Fügung des Schicksals, dass sich zwei Staatsmänner, ein Deutscher und ein Russe, von diesen Bedenkenträgern nicht beirren ließen. Im kaukasischen Dörfchen Archys haben Kohl und Gorbatschow, mit Pullover und Strickjacke gekleidet, den wehenden Mantel der Geschichte ergriffen und den Weg zur Wiedervereinigung freigemacht.

Und heute? Sind wir nicht gerade dabei, ihr Vermächtnis aufs Spiel zu setzen? Von der einstigen deutsch-russischen Freundschaft ist nicht mehr viel übrig. CDU-Politiker schwadronieren in erschreckender historischer Ignoranz davon, dass Russland »verlieren lernen« müsse. Und die irrlichternde deutsche Außenministerin von den Grünen sieht uns gar schon selbst im Krieg mit Russland.

Die Befürchtungen einiger westeuropäischer Politiker, wie etwa von Margaret Thatcher, dass Deutschland wieder zu einer Großmacht werden könnte, die Europa dominiert und England gefährlich werden könnte, waren unbegründet. Stattdessen begann Deutschland ausgerechnet unter einer Kanzlerin, die Kohl »sein Mädchen« genannt hatte, mit seiner Selbstabschaffung und scheint in einem EU-Superstaat aufgehen zu wollen.

Währenddessen ist eine wirkliche Aufarbeitung der SED-Diktatur ausgeblieben. Viele, die damals Teil der Nomenklatura dieses Unrechtsstaats waren, haben nach 1990 weiter Karriere gemacht. Im Mai 2011 musste der Justizminister von Brandenburg, Volkmar Schöneburg (Linkspartei), einräumen, dass dreizehn damals tätige Richter eine Stasi-Vergangenheit hatten. Sechs von ihnen waren ausgerechnet für Verfahren zur Rehabilitierung von SED-Opfern zuständig. Trotz einer Klage auf Herausgabe ihrer Namen blieben diese bis heute geheim.

Nur in wenigen Fällen wurden Verantwortliche des DDR-Systems juristisch zur Rechenschaft gezogen. Viele Opfer leiden bis heute und müssen ihre Rechte in ebenso langwierigen wie unwürdigen Verfahren geltend machen.

Diese Broschüre dokumentiert die parlamentarische Arbeit der AfD-Bundestagsfraktion für unsere Landsleute, die für ihren Patriotismus, ihren Anstand und ihren Freiheitsdrang einen hohen Preis gezahlt haben. Es ist das Mindeste, was wir für sie tun können und müssen – denn wir sind ein Volk.

Ihr Dr. Götz Frömking



Erinnerungspolitik und antitotalitärer Konsens

Deutschland machte im 20. Jahrhundert leidvolle Erfahrungen mit zwei totalitären Staatssystemen, die unser Vaterland sowohl materiell als auch geistig und moralisch in den Ruin trieben. Der Niederlage im Zweiten Weltkrieg folgte der Verlust der Ostgebiete und auf die nationalsozialistische Diktatur im neuen Osten Deutschlands der DDR-Unrechtsstaat. Es handelte sich um zwei totalitäre Staatswesen, in denen die Regierungen danach strebten, alle Bereiche der Gesellschaft und jeden Einzelnen im Sinne ihrer Ideologie umfassend zu kontrollieren. Vor diesem Hintergrund war der antitotalitäre Konsens lange Zeit der bestimmende Grundsatz deutscher Erinnerungspolitik, dem sich die Mitglieder der AfD-Bundestagsfraktion verpflichtet sehen, damit in Deutschland niemals wieder eine Regierung mit totalitärem Regelungsanspruch Bürger und Gesellschaft knebeln kann.

Daher forderten wir mit parlamentarischen Initiativen sowohl die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und der personellen und strukturellen Kontinuitäten im Deutschen Bundestag nach 1949 als auch die wissenschaftliche Untersuchung der Parteizugehörigkeit und Funktionärstätigkeit späterer Bundestagsabgeordneter in der SED-Diktatur.

Wir stellen jedoch fest, dass die anderen Fraktionen und Gruppen im Deutschen Bundestag dem antitotalitären Konsens politisch nur noch oberflächlich folgen, wenn es um die Parteidiktatur in der DDR geht. Tatsächlich aber muss von einer staatlich alimentierten Scheinaufarbeitung und von einer Politik des Vergessens in Bezug auf das SED-Unrecht gesprochen werden. Unsere Anträge wurden folglich abgelehnt.

Initiativen

ANTRAG

Aufarbeitung der NS-Vergangenheit – Personelle und strukturelle Kontinuitäten im Deutschen Bundestag nach 1949

Drucksache 19/29308

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/293/1929308.pdf>



ANTRAG

Wissenschaftliche Untersuchung der Parteizugehörigkeit und Funktionärstätigkeit späterer Bundestagsabgeordneter in der SED-Diktatur

BT-Drucksache 20/7185

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/071/2007185.pdf>



Bild: Wikimedia Commons / Yann Forget / CC-BY-SA

ZUM GEDENKEN AN DEN MAUERFALL VOR 35 JAHREN



DDR-Verfolgte
fordern sichtbares
Gedenken!

Den demokratischen Widerstand ehren, an die Opfer der Gewaltherrschaft erinnern

Bild: IMAGO / Seeltiger

Beispielhaft für die Scheinaufarbeitung ist das Versagen der Kartellparteien, in den 35 Jahren seit dem Fall der Berliner Mauer, der Öffnung der innerdeutschen Grenze und in den fast 34 Jahren eines wiedervereinigten Deutschlands ein zentrales Denkmal zu Ehren des demokratischen Widerstands und zur Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland zu errichten. Unserer Meinung nach liegt es am fehlenden politischen Willen für dieses Denkmal.

Die Kulturpolitiker der AfD-Bundestagsfraktion üben mit einer Reihe von Anträgen und Anfragen stetigen Druck auf die Bundesregierungen aus und legen Jahr für Jahr den Finger in die Wunde. Da bis heute keine Finanzmittel für den Bau eines Denkmals für die Opfer des Sozialismus und Kommunismus in Berlin im Bundeshaushalt eingeplant wurden, haben wir während der Haushaltsverhandlungen 25 Millionen Euro beantragt, um die notwendigen Geldmittel zur Planung und Errichtung des Bauwerks bereitzustellen.

Initiativen

ANTRAG

30 Jahre Mauerfall – Errichtung eines Denkmals für die Opfer des Sozialismus beziehungsweise Kommunismus in Berlin

BT-Drucksache 19/14765

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/147/1914765.pdf>



ANTRAG

Keine Verzögerungen beim Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft zulassen

BT-Drucksache 19/20079

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/200/1920079.pdf>



KLEINE ANFRAGE

Standort für das Denkmal der Opfer des Kommunismus in Deutschland

BT-Drucksache 20/2145

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/021/2002145.pdf>



EINZELFRAGE

Stand der Gespräche zwischen der Bundesregierung und Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin bezüglich des Mahnmals für die Opfer des Kommunismus am Spreebogen in Berlin?

BT-Drucksache 20/5615

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005615.pdf>



ÄNDERUNGSANTRAG

Im Haushaltstitel »Baumaßnahme Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland« werden 25 Millionen Euro zur Planung und Errichtung des Bauwerks zur Verfügung gestellt

BT-Drucksache 20/4544

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/045/2004544.pdf>



EINZELFRAGE

Stand der Gespräche bezüglich des Standortes für das geplante Mahnmal für die Opfer des Kommunismus in Deutschland bzw. ist eine Einigung zwischen der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, den zuständigen Berliner Senatsverwaltungen sowie den Immobilienverwaltungen des Bundes und des Landes Berlin zustande gekommen, sodass mit dem Bau begonnen werden kann?

BT-Drucksache 20/10514, S.1

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/105/2010514.pdf>



ANTRAG

Keine weiteren Verzögerungen mehr bei der Errichtung des Denkmals zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland

BT-Drucksache 20/1031

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/010/2001031.pdf>



EINZELFRAGE

Wie ist der aktuelle Stand der Prüfung baufachlicher und baurechtlicher Gesichtspunkte einschließlich der Vorbereitung eines Gestaltungswettbewerbs für das geplante Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft, vor dem Hintergrund, dass im aktuellen Haushaltsentwurf für 2025 keine weiteren Mittel im Einzelplan 0452 der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien mit dem Titel 89466-195 »Baumaßnahme Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland« bereitgestellt sind?

BT-Drucksache 20/13047, S.2

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/130/2013047.pdf>



ANTRAG

Standortentscheidung für ein Denkmal zu Ehren des demokratischen Widerstands und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland

BT-Drucksache 20/7186

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/071/2007186.pdf>



Wir wollen freie Menschen sein!

Gedenkveranstaltung im Abgeordnetenhaus, 09.06.2023



<https://afd-fraktion.berlin/konferenz-jahrestag-volksaufstand-ddr-1953/>

Volksaufstand in der DDR – den 17. Juni 1953 würdig begehen

Bild: Bundesarchiv / B 285 Bild-14576 / Fotografin: o. Ang.

2023

gedachten wir des 70. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR. Der 17. Juni 1953 stellt nach unserer Auffassung ein zentrales Ereignis für unsere Erinnerungskultur dar, weil sich das deutsche Volk in der DDR mit diesem Aufstand gegen das zweite totalitäre System auf deutschem Boden erhob. Jedoch mussten wir über eine Einzelfrage feststellen, dass die Bundesregierung die Vorbereitungen für den 70. Jahrestag stiefmütterlich behandelt.

Sie hatte anscheinend kein Interesse daran, das Gedenken an dieses so wichtige Ereignis »durch ein breit angelegtes Programm zu begleiten, um den Volksaufstand im öffentlichen Bewusstsein aufzuwerten«, wie wir es in unserem Antrag »Den 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR als nationalen Gedenktag würdig begehen« forderten. Zusammen mit der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin organisierte die AfD-Bundestagsfraktion die Gedenkveranstaltung »Wir wollen freie Menschen sein!« mit Vorträgen von Jörg Drieselmann, dem ehemaligen Leiter des Stasi-Museums in Berlin, und Carl-Wolfgang Holzapfel, dem langjährigen Vorsitzenden der Vereinigung 17. Juni 1953.

Initiativen

ANTRAG

Den 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR als nationalen Gedenktag würdig begehen

BT-Drucksache 20/6421

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/064/2006421.pdf>



EINZELFRAGE

Welche Gedenkfeierlichkeiten plant die Bundesregierung, eventuell in Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern, für den 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der ehemaligen DDR vom 17. Juni 1953?

BT-Drucksache 20/5490

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005490.pdf>





Zerrissene Stasi-Unterlagen umgehend rekonstruieren

Ein weiteres Beispiel für die Unfähigkeit oder vielmehr den Unwillen der herrschenden Politik zur konstruktiven Aufarbeitung des Unrechts in der ehemaligen DDR ist die unzureichende Rekonstruktion der zerrissenen Stasi-Unterlagen. Sie findet nach einem Bericht des Bundesarchivs weiterhin nur per Hand statt, obwohl die Fraunhofer IPK 2014 eine entsprechende Technologie für eine automatisierte Zusammensetzung der Unterlagenfragmente entwickelte. Die Technik wird bereits im Kölner Stadtarchiv eingesetzt. Anstatt diese Technik zu nutzen, wurde ihre Praxistauglichkeit durch die Verantwortlichen im Bundesarchiv bezweifelt. Rechnungen wurden daraufhin nicht bezahlt und schließlich kam es zu einem Rechtsstreit um die ausstehenden Zahlungen. Das Bundesarchiv beendete die Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer IPK auf Grundlage einer fragwürdigen Einschätzung des Bundesrechnungshofes und schrieb das Projekt neu aus.

Daher scheint auch hier eher Absicht als die Verkettung unglücklicher Ereignisse vorzuliegen. Bevor es zur Beendigung der Zusammenarbeit zwischen dem Bundesarchiv und dem Fraunhofer IPK kam, versuchten wir den Streit mit unserem

Antrag »Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen umgehend in Angriff nehmen« zu heilen. Derzeit begleiten wir die neue Ausschreibung kritisch mithilfe von Einzelfragen.

Initiativen

ANTRAG

Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen umgehend in Angriff nehmen

BT-Drucksache 20/7184

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/071/2007184.pdf>



KLEINE ANFRAGE

Zum Stand der beabsichtigten Zusammenführung zerrissener Stasi-Unterlagen in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

BT-Drucksache 19/26940

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/269/1926940.pdf>



EINZELFRAGE

Wie ist der Stand des durch das Bundesarchiv im Juni 2023 aufgesetzten Interessenbekundungsverfahrens im Rahmen der Neuausrichtung des Projektes der automatisierten Rekonstruktion zerrissener Stasi-Schnipsel, vor dem Hintergrund der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 2 auf Bundestagsdrucksache 20/10863, in der die Bundesregierung mitteilte, dass bereits zehn Interessenten Unterlagen eingereicht hätten und »die Ergebnisse der Gespräche mit den Interessenten im Bundesarchiv ausgewertet und zusammengefasst« würden?

Drucksache 20/13047, S.1

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/130/2013047.pdf>



EINZELFRAGE

Wie ist der Stand des durch das Bundesarchiv im Juni 2023 aufgesetzten Interessenbekundungsverfahrens im Rahmen der Neuausrichtung des Projektes der automatisierten Rekonstruktion zerrissener Stasi-Schnipsel (vgl. Erster Tätigkeitsbericht des Bundesarchivs für den Zeitraum Januar 2021 bis Juni 2023 auf Bundestagsdrucksache 20/8800)?

Drucksache 20/10863, S.2

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/108/2010863.pdf>



Finanzierung von Forschungsverbänden zur Geschichte der DDR stärken

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass es leider auch um die strukturelle Verankerung der DDR-Forschung in der deutschen Hochschul- und Forschungslandschaft schlecht steht. Bis heute gibt es keinen Lehrstuhl für DDR-Geschichte. Der erfolgreiche Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin, der seit 1992 die Geschichte der DDR im Zusammenhang mit der deutschen Nachkriegsgeschichte sowie den Transformationsprozess nach der Wiedervereinigung erforscht, wurde Ende 2023 abgewickelt.

Initiativen

ANTRAG

Forschungsverbände zur DDR-Geschichte stärken – Forschungsförderung des Bundes zur Geschichte des Kommunismus, der DDR und der SED wieder aufstocken

BT-Drucksache 20/11395

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/113/2011395.pdf>



Der Bund hatte 2015 mit einer Förderung von 40,8 Millionen Euro die DDR-Forschung von 14 Forschungsverbänden über Jahre hinweg unterstützt. Die Mittel wurden in dieser Legislatur auf 8,6 Millionen Euro gestutzt, sodass nur noch sieben Verbände finanziell unterstützt werden. Mit unserem Antrag »Forschungsverbände zur DDR stärken – Forschungsförderung des Bundes zur Geschichte des Kommunismus, der DDR und SED wieder aufstocken« fordern wir die Bundesregierung auf, eine neue Förderlinie aufzusetzen.

EINZELFRAGE

Welche der 14 durch den Bund geförderten Verbände zur DDR-Forschung sind entsprechend Nummer 5.3 der »Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung im Rahmenprogramm Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften« erfolgreich begutachtet worden, haben dementsprechend eine Weiterförderung beantragt, und warum wurde diese abgelehnt bzw. bestätigt?

BT-Drucksache 20/10565, S. 136

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/105/2010565.pdf>





Haftopfer angemessen entschädigen, die Anerkennung haftbedingter Schäden vereinfachen

Bild: M&S, Jürgen Ritter

Die Politik der Kartellparteien, das Unrecht in der DDR zu beschweigen, und die ungenügende wissenschaftliche und gesellschaftliche Aufarbeitung des Unrechts in der DDR haben erhebliche negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Lage der ehemals politisch Verfolgten. Den Vertretern und Mitläufern des DDR-Unrechtssystems geht es in der Regel wirtschaftlich und gesundheitlich besser als den Opfern, die aufgrund der erlittenen Verfolgung heute sehr oft am Rande des Existenzminimums leben.

Der deutsche Staat steht besonders den Menschen gegenüber in der Pflicht, die für ein freies und geeintes Deutschland eingetreten sind und für ihren Mut drangsaliert und in nahezu allen Lebensbereichen benachteiligt wurden. Daher setzen wir uns in der aktuellen Debatte um den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften mit unserem Antrag »Gerechtigkeit für die Opfer politischer Verfolgung in der ehemaligen SBZ und DDR« unter anderem dafür ein,

- die besondere Zuwendung für Haftopfer in eine Ehrenpension umzubenennen und

den monatlichen Betrag von 330 auf 450 Euro zu erhöhen;

- die besondere Zuwendung für Haftopfer von Amts wegen her zu gewährleisten und die Bedürftigkeitsprüfung aufzuheben und
- eine auf festgelegten Kriterien basierende Vermutungsregelung im Sinne einer Beweislastumkehr bei der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden in die Rehabilitierungsgesetze und in das Haftlingshilfegesetz aufzunehmen.

Nachdem die Ampelkoalition nicht tätig wurde, verlangten wir mit unserer Kleinen Anfrage »Zugang zu Entschädigungsleistungen aufgrund gesundheitlicher Schäden für ehemalige politische Häftlinge der Sowjetischen Besatzungszone und DDR« darüber Auskunft, wann die Bundesregierung ihren Ankündigungen aus dem Koalitionsvertrag nachkommt, die Anerkennung gesundheitlicher Schädigungen zu vereinfachen und die finanzielle Situation der Opfer zu verbessern. Erst nach dieser Anfrage legte die Ampelkoalition einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Es ist bezeichnend, dass die CDU zum Gesetzentwurf keinen eigenen Antrag hinzugelegt hat.

Die AfD-Fraktion bemüht sich seit ihrer Konstituierung im Deutschen Bundestag im September 2017 beständig um eine staatlich geregelte Verbesserung der Situation der Opfer von Verfolgung in der ehemaligen DDR und SBZ.

Initiativen

GESETZ

Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der besonderen Zuwendung für Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR im Zeitraum vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990

BT-Drucksache 20/7187

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/071/2007187.pdf>



ANTRAG

Gerechtigkeit für die Opfer politischer Verfolgung in der ehemaligen SBZ und DDR – Beweislastumkehr bei Anerkennung von Gesundheitsschäden gesetzlich verankern, Zuwendungen für Haftopfer anheben und Bedürftigkeitsprüfung abschaffen

BT-Drucksache 20/12971

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/129/2012971.pdf>



KLEINE ANFRAGE

Lücken bei Entschädigungen und Rentenberechnungen von Opfern der SED-Diktatur

BT-Drucksache 19/15299

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/152/1915299.pdf>



KLEINE ANFRAGE

Zugang zu Entschädigungsleistungen aufgrund gesundheitlicher Schäden für ehemalige politische Häftlinge der Sowjetischen Besatzungszone und DDR

BT-Drucksache 20/11068

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/110/2011068.pdf>



Bild: Aloha Stock / Helder Sousa

ZUM GEDENKEN AN DEN MAUERFALL VOR 35 JAHREN

Gerechtigkeit für die gestohlenen Kinder der DDR!

Veranstaltung im Deutschen Bundestag, 14.10.2023



<https://www.youtube.com/watch?v=yLC60WbjLc>

Gerechtigkeit für geraubte Kinder und ihre Familien

Bild: IMAGO / Jürgen Ritter

Ein weiteres gravierendes Beispiel der negativen Auswirkungen einer Politik des Schweigens von Unrecht ist die Situation der Eltern, die Opfer politisch motivierten Kindesraubs durch den DDR-Staatsapparat wurden. Dies betraf meist Republikflüchtlinge, Oppositionelle oder Andersdenkende in der DDR. Bis heute ist die Rolle von Margot Honecker, der damaligen Ministerin für Volksbildung der DDR, nicht aufgeklärt. Margot Honecker entkam der strafrechtlichen Verfolgung, obwohl Opfer und auch Bundestagsabgeordnete nach der Wende Strafanzeige gegen sie stellten.

Die Situation betroffener Familien, denen die Kinder durch die kommunistische Führung geraubt wurden, stellt sich bis heute schwierig dar. Probleme ergeben sich bereits bei der Anerkennung des Kindesraubs und der Kontaktaufnahme. Bis heute haben die biologischen Eltern aufgrund fehlerhafter gesetzlicher Regelungen kaum Möglichkeiten, Adoptionsnamen, Adresse oder Akteneinsicht zu erhalten. Fragwürdig ist auch die Haltung der Bundesregierung, die sich bei unserer Kleinen Anfrage zur »Situation von Kindern und Eltern von politisch motivierten Zwangsadoptionen in der DDR« auf den Standpunkt zurückzog, dass Ergebnisse einer in Auftrag gegebenen Hauptstudie

vorliegen müssten, bevor sie tätig wird. Dies kann sich jedoch noch Jahre hinziehen.

Um auf das Thema aufmerksam zu machen, haben wir zusammen mit der »Interessengemeinschaft gestohlene Kinder der DDR« (IGGK-DDR) am 14. November 2023 die Veranstaltung »Gerechtigkeit für die gestohlenen Kinder der DDR!« im Bundestag durchgeführt. Ein Antrag an den Bundestag befindet sich in Vorbereitung, um parlamentarisch den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen.

Initiative

KLEINE ANFRAGE

Situation von Kindern und Eltern von politisch motivierten Zwangsadoptionen in der DDR

BT-Drucksache 20/9061

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/090/2009061.pdf>





Denkmäler schützen, nicht zerstören

Bild: Wikimedia Commons / Harf Rolletschek / BFDL 12

Die Mitglieder der AfD-Bundestagsfraktion verurteilen die DDR als Unrechtsstaat und setzen sich für eine angemessene Gedenkkultur, Erinnerung und Entschädigung ein. Dies bedeutet ausdrücklich nicht, dass wir alle Bauwerke und Denkmäler zerstören wollen, die zwischen 1945 und 1989 in Ostdeutschland errichtet wurden. Daher haben wir uns auch für den Erhalt des Generalhotels auf dem Gelände des Flughafens Berlin Brandenburg (BER) in Schönefeld eingesetzt, wo die DDR-Regierungen ihre internationalen Staatsgäste empfangen, um es als Denkmal für das geeinte Deutschland und als Lernort zu nutzen.

Initiative

ANTRAG

Generalhotel retten – Denkmäler
schützen und nicht zerstören

BT-Drucksache 20/8422

[https://dserver.bundestag.de/
btd/20/084/2008422.pdf](https://dserver.bundestag.de/btd/20/084/2008422.pdf)



ZUM GEDENKEN AN DEN MAUERFALL VOR 35 JAHREN



FOLGEN SIE UNS

-  [AfDBundestag.de](https://www.afdbundestag.de)
-  fb.com/AfDimBundestag
-  [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
-  [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)
-  [instagram.com/
afdimbundestag/](https://instagram.com/afdimbundestag/)
-  [tiktok.com/
@afdfraktionimbundestag](https://tiktok.com/afdfraktionimbundestag)
-  Rundbrief-Abonnement:
<https://t1p.de/ycsg>



Herausgeber:

Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57 141
Telefax: 030 227 56 349
E-Mail: buenger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion: Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: November 2024

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteipromotion und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.